

Vorstandschef statt Volkstribun

Vicente Fox will sein Land zur Mexiko AG machen und wie einst Coca-Cola managen. Der kommende Präsident könnte damit zum Modell werden für Lateinamerika **VON ANNE HUFFSCHMID**

Ich werde Mexiko nach den Leitlinien regieren, die ich bei Coca-Cola gelernt habe“, sagt Vicente Fox freimütig. Das ist keine bloße Metapher des designierten mexikanischen Präsidenten, der heute zum Besuch nach Berlin kommt: Ein halbes Dutzend Headhunter-Firmen sind derzeit damit beauftragt, Mexiko nach geeigneten Führungskräften abzusuchen. Wer Minister im neuen Kabinett oder einen der knapp 300 leitenden Funktionärsposten bekleiden will, so steht in einer Stellenausschreibung zu lesen, muss neben „Ehrlichkeit“ und „Liebe zu Mexiko“ vor allem „Effektivität“ mitbringen. Das erklärte Ziel: „Eine Regierung der totalen Qualität“.

Mit dem Wahlsieg des charismatischen Konservativen wurde in Mexiko Anfang Juli nicht nur die autoritäre „Demokratie“ der PRI zu Grabe getragen, also die flächendeckende Verfilzung einer Gesellschaft, die sieben Jahrzehnte lang nicht zwischen Partei und Staat zu unterscheiden vermochte. Auch die Figur des omnipotenten „presidente“ wird nun durch einen Regierungschef abgelöst, der die Macht ausdrücklich teilen möchte und für Lateinamerika einen neuen Typus des Staatschefs schaffen könnte.

Denn der ehemalige Coca-Cola-Manager gibt sich eher als Chairman denn als Caudillo, die bislang typischen lateinamerikanischen „Volkstribune“, wie Venezuelas Chávez oder bis vor kurzem Argentinien's Menem. „Ich bin eigentlich gar kein Politiker“, sagt er, „eher ein Geschäftsmann, der Ahnung von Wohlstand und Wirtschaften hat.“

An dieser neuen Business-Philosophie scheiden sich in Mexiko bereits die Geister, bevor Fox sein Amt am 1. Dezember überhaupt angetreten hat. „Es ist nicht dasselbe, Coca-Cola zu verkaufen und eine Nation zu regieren“, stößt sich etwa der Politologe Rafael Segovia an der Vision einer Mexiko AG, die nun mit modernem Managementmethoden auf Trab gebracht wird.

Auf den ersten Blick hält sich Fox mit seinen wirtschaftspolitischen

Konsequent wendet Fox die ultraliberale Logik auch auf die Sozialpolitik an: Selbst die Ärmsten der Armen der 97 Millionen Mexikaner sollen ihre „Produktivkraft“ wieder entdecken und sich selbst – wenn auch mit Hilfe von Beratung und Kleinkrediten – aus ihrer Misere befreien.

Neoliberalismus gehört verdammt

Dennoch zeichnet sich der Foxsche Policy-Mix weniger durch Lehrbuchdogmen denn durch pragmatisches Gespür für den Zeitgeist, die politische Nachfrage aus. Hatte er vor wenigen Jahren noch offen für die Privatisierung der staatlichen Erdölförderung plädiert und sich dabei den Zorn vieler Landsleute zugezogen, so ist heute nur noch von einer „teilweisen Öffnung“ von Sektoren wie der Petrochemie und der Stromversorgung die Rede. Überhaupt gehört es für lateinamerikanische Wende-Präsidenten seit einiger Zeit zum guten Ton, den Neoliberalismus – zumindest theoretisch – aufs Schärfste zu verdammen. So auch Fox: zusammen mit sozialdemokratischen Politikern und linksliberalen Intellektuellen hatte er schon vor Jahren eine Streitschrift für einen lateinamerikanischen „dritten Weg“ unterschrieben, für eine „Wirtschaft mit menschlichem Antlitz“. Und

Fox scheint die Verwirrung durchaus zu genießen, wenn er in Zeitungsgesprächen behauptet, „die Summe“ aus rechten Wohlstands- und linken Umverteilungsformeln zu verkörpern – und so am besten die Kundschaft zu bedienen.

Gleiches gilt für die Innenpolitik. Schon im Wahlkampf stand der 58-jährige Hüne, der seinen Namen gerne am Gürtel vor sich herträgt, weniger für konservative Prinzipien als für gut geölte Publicity. Ohne alle Berührungsängste suchte er Verbündete nicht nur bei Parteigenossen, sondern auch bei Linksintellektuellen und Ex-Kommunisten, PRI-Disidenten und Umweltschützern. Jeder Wählerklientel bot er in bester Marktlogik etwas: den Bankern und Unternehmern mehr Freiheit, den Studen-

ten ein Gratis-Studium, den Indios Gleichberechtigung, den Konservativen „family values“, wie seine Absage an jede Liberalisierung der strengen Abtreibungsgesetze zeigen.

Dass dies zugleich nicht alles nur opportunistisches Gerede ist, zeigt die nun anvisierte „Staatsreform“: Sie soll nicht wie sonst üblich an Funktionärsschreibtischen hinter verschlossenen Türen debattiert, sondern in einer mehr als 100-köpfigen Reformkommission erarbeitet werden, darunter unabhängige Gewerkschaftler, Menschenrechtler, PRI-Erneuerer und linke Intellektuelle. Letztlich gehe es um nichts weniger, so Koordinator Estrada, als um ein gänzlich „neues Verhältnis zwischen Regierten und Regierenden“.

New Deal à la Mexiko

Was am Ende beim New Deal à la Mexiko herauskommt, ist aber natürlich noch offen. Zu erwarten sind von Fox vorerst kleine, aber handfeste Schritte in Sachen Korruptionsbekämpfung, Bürgerbeteiligung und Rechtsstaatlichkeit. An den materiellen Lebensverhältnissen der 60 Millionen Armen im Lande ändert das, wie auch Demokratieschübe in anderen lateinamerikanischen Ländern zeigen, vermutlich noch nicht viel. Womöglich aber schon mal am Lebensgefühl: an die Stelle von Misstrauen und Entmündigung könnte in der Mexiko AG nach und nach so etwas wie der mündige Kunde treten.

Ob alles wirklich so weit kommt, hängt aber „wohl weniger vom Präsidenten und mehr von uns allen ab“, betont der linksliberale mexikanische Politologe Lorenzo Meyer zu recht. Die Signalwirkung über die Grenzen Mexikos wäre groß. Als „demokratisches Paradigma“ bezeichnete bereits der peruanische Oppositionsführer Alejandro Toledo den Sieg von Fox. Das mexikanische Beispiel des „Chairman Fox“ könne „zu einem Gegengewicht zu den Ländern Lateinamerikas mit demokratischer Maske und diktatorischem Herzen“ werden, so Toledo. Vielleicht ist er selbst der erste Nachah-

